

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Stellen-Anzeigen die 3 gespaltene Kolonnen-Zeile 50 Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Wey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Heinrich Schneider, Hannover. Redaktionschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. St. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Die Arbeiter müssen

höhere Löhne fordern, weil die Haushaltungskosten von Tag zu Tag steigen. Die Unternehmer dürfen sich solchen Forderungen nicht verschließen, wenn sie nicht die Volkskraft in bedenklicher Weise schwächen und damit Deutschlands wirtschaftliche Zukunft aufs Schwerste gefährden wollen.

Unsre Tarifverträge.

Die Entwicklung des Tarifwesens im Verbandsgebiet war trotz mancherlei Hemmnisse nach Zahl der Verträge und der in vertraglichen Betrieben Beschäftigten bis zum Jahre 1913 eine ziemlich langsam aber stetig steigende. Abgesehen davon, daß wir es zum großen Teil mit einem sehr kapitalkräftigen Unternehmertum zu tun haben, das sich durch einen Tarifvertrag in seinen autokratischen Mäuren beschränkt fühlt, war es bei den verschiedenartigen, oft verzwickten Entlohnungsmethoden nicht immer ganz leicht, die Lohnverhältnisse in die feste Form eines Tarifvertrages zu bringen. Trotz dieser Schwierigkeiten wuchs die Zahl der Verträge und auch inhaltlich war durchweg ein Fortschritt zu verzeichnen.

Dann kam der Krieg und störte diesen Entwicklungsgang. Die Beschäftigungslosigkeit setzte ein und der Neuabschluss von Verträgen stockte. Mit Arbeitgebern, die nur wenige oder gar keine Arbeiter beschäftigten, hatte die Vereinbarung neuer Verträge keinen oder nur geringen Wert. Schon 1914 ging daher die Zahl der Verträge von 465 auf 437 zurück. Der Rückgang hielt 1915 an, die Zahl der Verträge sank auf 411. Noch schärfer äußerte sich die Rückwärtsentwicklung im Jahre 1916, an dessen Ende nur noch 363 Verträge vorhanden waren. Die Zahl der unter vertraglich geregelten Arbeitsbedingungen Beschäftigten stellte sich 1913 auf 42 000; im Jahre 1916 wurden nur 20 025 Beschäftigte gezählt.

Die nach Kriegsausbruch im Jahre 1914 zunächst ziemlich allgemein einsetzende Einschränkung und Stilllegung vieler Betriebe blieb für bedeutende Industriegruppen des Verbandsgebietes, teils in erhöhtem Maße, auch in den Jahren 1915 und 1916 bestehen. Es sei dabei auf die Ziegler-, Zement-, Gips-, Kalkindustrie und wesentliche Teile der chemischen Industrie hingewiesen. Bei den größtenteils oder ganz stillgelegten Betrieben konnte bei Ablauf von Tarifverträgen eine Verlängerung ohne jede Milderung wegen der inzwischen stark gestiegenen Kosten der Lebenshaltung nicht in Frage kommen, und ein neuer Vertrag mit erhöhten Lohnsätzen war nach Lage der Dinge nicht erreichbar. Unter diesen Umständen mußte in manchen Betrieben das Tarifverhältnis in die Brüche gehen.

Außerdem waren die Tarifverträge in den verschiedenen Industrien des Verbandsgebietes mit wenigen Ausnahmen Einzelverträge, abgeschlossen von unsrer Organisation oder manchmal auch von dem Arbeiterausschuß mit dem einzelnen Unternehmer, nicht mit einer Unternehmervereinigung. Der Einzelunternehmer wird gegenwärtig nicht stark geneigt sein, bei den unklaren zukünftigen Verhältnissen das gegenüber einer Unternehmerorganisation größere Risiko einer längeren vertraglichen Bindung auf sich zu nehmen. Fördernd auf den Abschluß neuer Verträge wirkte dieser Umstand sicher nicht. Es kommt hinzu, daß bisher die Tarifverträge meist mit Unternehmern kleinerer oder mittlerer Betriebe abgeschlossen wurden.

Dann kamen in den letzten Jahren verschiedentlich auch Verträge zustande, wo die Voraussetzungen nicht oder ungenügend vorhanden waren, und der Unternehmer nur auf eine passende Gelegenheit zur Beseitigung des ihm unbequemen Vertrages wartete. Solchem Vorhaben waren die Zeitverhältnisse jetzt mitunter günstig.

Außer diesen erklären noch andre Umstände den in der Zahl der Verträge und der unter Vertrag Beschäftigten zum Ausdruck kommenden Rückgang. Wir führen u. a. an die Umwandlung von Einzelverträgen in Bezirksverträge (6 Fälle in drei Jahren), den Übergang von Verträgen auf andre Verbände (10 Fälle in drei Jahren) usw. Diese Verschiebungen sind als wirkliche Verluste nicht zu werten.

Wie sich die Entwicklung der Tarifbewegung im Jahre 1916 vollzog, ist aus nachfolgender Tabelle zu ersehen:

	Zahl der		
	Tarifverträge	Betriebe	Beschäftigten
Am 31. Dezember 1915 bestanden	411	738	23 485
Durch Ablauf oder aus sonstigen Gründen erloschen	73	111	1 675
Davon wurden erneuert oder verlängert	9	23	1 059
Neu abgeschlossen wurden	16	16	156
Bestand am 31. Dezember 1916	363	633	20 025

Von den 73 abgelaufenen Verträgen wurden nur 9 im Laufe des Jahres erneuert oder verlängert, 64 Verträge liefen also ab, ohne daß eine Erneuerung oder Verlängerung vor sich ging. Ueber die Gründe, weswegen in 64 Fällen eine Neuregelung nicht zu erreichen war, geben die Berichte aus den Zahlstellen in diesem Jahre nicht immer ausführlich Auskunft. Eine ausführlichere Berichterstattung ist dringend wünschenswert.

Die Zahl der Beschäftigten in den tariflich geregelten Betrieben hat um 3460 abgenommen.

Im Jahre 1916 konnten 16 Neuabschlüsse getätigt werden gegen nur einen im Jahre zuvor. Diese 16 Verträge hatten Geltung für 16 Betriebe mit 156 Beschäftigten. Es handelt sich

also ohne Ausnahme um kleinere Betriebe, für die neue Verträge vereinbart wurden.

Die Entwicklung des Tarifwesens in den letzten fünf Jahren wird in der folgenden Zusammenstellung nachgewiesen:

Jahr	Zahl der Tarifverträge	Anzahl der Betriebe	Zahl der in tariflich geregelten Betrieben Beschäftigten
1912	369	611	35 425
1913	465	789	42 000
1914	437	763	39 991
1915	411	738	23 485
1916	363	633	20 025

In der chemischen Industrie, einschließlich den Gummi- und Emulsfabriken, waren 1916 am Jahreschluss 98 Verträge für 104 Betriebe mit 3780 Beschäftigten vorhanden. Für Ziegler-, Zement- und Tonwarenfabriken waren 90 Verträge für 193 Betriebe mit 2432 Beschäftigten abgeschlossen. Die Papier- und Zellstoff-Industrie wies 18 Verträge für 20 Betriebe mit 2378 Beschäftigten auf und die Nahrungsmittel-Industrie 70 Verträge für 109 Betriebe mit 8029 Beschäftigten. Die Zahl der Verträge erfuhr nur in der Nahrungsmittel-Industrie eine Zunahme, in der sie von 61 auf 70 wuchs. Die Zahl der in Betrieben mit Tarifvertrag Beschäftigten ging im Jahre 1916 in allen Industriegruppen zurück.

Auf einen Tarifvertrag entfallen 55, auf einen tariflich geregelten Betrieb 32 Beschäftigte. Die Zahlen sind ungefähr dieselben wie im Vorjahr.

Die berichtete Verminderung der abgeschlossenen Tarifverträge seit Kriegsbeginn um rund 22 Prozent ist gewiß nicht erfreulich, kann aber bei genauerer Betrachtung der Sachlage ernsthafte Bedenken keineswegs auslösen. Die Kollegen und Kolleginnen und nicht zuletzt die Verbandsfunktionäre werden am Orte gewissenhaft Obacht zu geben haben, daß auch auf dem Gebiete des Tarifwesens nicht mehr verloren geht, als durch die Verhältnisse unumgänglich bedingt ist.

Schwindelmanöver der Kriegswucherer.

Es ist eine traurige, aber wahre Tatsache, daß der Weltkrieg einer Minderzahl von Menschen die Möglichkeit gegeben hat, sich auf Kosten der großen Mehrzahl ihrer Volksgenossen in der schamlosesten Weise zu bereichern. Die Kriegswucherer, wie man diese Leute nennt, haben es nicht nur verstanden, dem Staate und den Gemeinden ungeheure Preise abzunehmen und bei ihren Lieferungen Milliarden zu verdienen, sondern sie haben auch die Not der Volksmassen benutzt, um sich durch unverjähmte Preistreibereien und verbrecherische Lebensmittelfälschungen die Taschen zu füllen. Und das in einer Zeit, in der die Hüte unseres Volkes blut und Leben zum Schutze des bedrohten Vaterlandes opfert und die Familien der tapfern Krieger an den notwendigsten Nahrungsmitteln Mangel haben.

Das Herz krampft sich einem zusammen, wenn man sehen muß, wie der Geist der Brüderlichkeit, der beim Ausbruch des Krieges wie eine helle Flamme emporzudornen schien, sobald dem Geiste der Selbstsucht Platz gemacht hat. Die kapitalistische Geizhals, die für wenige Wochen erloschen schien, hat wieder ihre Herrschaft angetreten und der Giftbaum des Kapitalismus treibt wieder seine übelstehenden Blüten. Anstatt einer Läuterung und Bereidung unseres Wirtschaftslebens, von der Millionen Menschen träumten, zeigten sich die Auswüchse der kapitalistischen Wirtschaftsweise in erschreckender Deutlichkeit. Der Erwerbstrieb, die hier nach möglichst hohen Gewinnen auf Kosten der Verbraucher, trat seine unumschränkte Herrschaft an, und trotz aller behördlichen Maßnahmen, trotz Geheksparagrafen und Strafen haben es die Kriegswucherer fertig gebracht, Staat und Volk in der schlimmsten Weise auszuraubern.

Es wird immer ein Schandfleck bleiben für unsre Gesellschaft, daß in unsrer großen Zeit voll Geldentum und Opfermut die Habgucht eine solch große Rolle gespielt hat und daß es herzlosen Menschen möglich gewesen ist, die Not des Volkes für sich in eine Goldgrube umzuwandeln.

Die kapitalistische Erwerbshierarchie ist in alle Volksteile eingedrungen und hat den ganzen sozialen Körper durchseucht. Die Kriegskonjunktur muß ausgenutzt werden! so lautet die Parole, und darum wird das Gien geschmiegelt, solange es heißt ist. Die ungeheuren Gewinne, die der Krieg ermöglicht hat, sind ja nicht auf die eigentliche Kriegsindustrie und die direkten Kriegslieferanten beschränkt geblieben, sie haben sich vielmehr auf alle Industrien und Gewerbe erstreckt, die direkt mit dem Kriege nichts zu tun haben, und auch die Landwirtschaft hat ihr gerüttelt Maß davon abgekomen. Alle Profitmacher drängen sich eifrig heran, um die Tropfen des Goldregens aufzufangen, der sich über unser deutsches Land ergießt, und um aus der klappt sprudelnden

Goldquelle zu schöpfen. Man hat kaum eine Ahnung davon, wie viel Geld in diesen beiden Kriegsjahren verdient worden ist, aber aus der Empfindung heraus, daß es sich um ganz riesenhafte Summen handelt, gewinnt jene Auffassung immer mehr an Boden, daß der Staat von den Kapitalisten und Agrariern zum Zwecke der Profitmacherei angezettelt worden sei und daß er weiter keinen Zweck habe, als den Profitjägern Milliarden Gewinne zuzuwenden.

Man braucht sich eigentlich gar nicht zu wundern, daß eine solche Meinung aufkommt, denn die ungeheuren Kriegsgewinne haben in den Volksmassen eine unbehagliche Stimmung erzeugt, die allmählich zu einer flammenden Entrüstung ausgewachsen ist. Wenn man tagtäglich sehen muß, wie sich die Kriegswucherer die Taschen füllen, während der Staat immer neue Schulden machen muß und die weitesten Schichten der Bevölkerung den Hungerriemen fester schnallen, so bäumt sich unser Gerechtigkeitsgefühl und unser soziales Empfinden dagegen auf. Und diese Empörung verdrängt sich zu dem energischen Willen, den Räubern einen Teil der Beute wenigstens wieder abzugeben. Wie man einen Blutegel mit Salz bestreut, um ihn zu zwingen, das aufgeflogene Blut wieder von sich zu geben, so will man diese Blutsauger am Volkskörper durch eine Schwitzkur zur Hergabe ihrer Beute zwingen. Und zwar soll der Staat diese Aufgabe erfüllen, weshalb der Plan, durch eine kräftige Besteuerung oder Beschlagnahme der Kriegsgewinne einen Teil des ergaunerten Geldes der Allgemeinheit wieder zuzuführen, so großen und allgemeinen Beifall findet.

Natürlich sind die Kriegswucherer von einem solchen Plane wenig erbaut, und sie sind eifrig darauf aus, auf Schleichwegen und durch allerlei Kniffe und Pfiffe den Raub in Sicherheit zu bringen. Darum bemühen sie sich, die Kriegsgewinne zu verschleiern und dadurch in den Augen der Behörden und des Publikums geringer erscheinen zu lassen, als sie wirklich sind. Manche von ihnen schämen sich auch wohl heimlich, vor der Öffentlichkeit eingestehen zu müssen, daß sie in einer Zeit höchster Not und tiefsten Herzeleid Reichtümer aufgehäuft haben, und andre haben vielleicht Angst, daß sich der Unwille des Volkes gegen sie in etwas unsanfter Weise entladen könnte. Darum beobachten wir überall die Bemühungen, die Kriegsgewinne zu verschleiern und zu verwässern, bis sie schließlich weggezaubert und nicht mehr zu fassen sind.

Besonders bemerkt man dies Verschleiernsbestreben bei den Aktiengesellschaften, weil diese bekanntlich verpflichtet sind, ihre geschäftlichen Verhältnisse und ihren Vermögensstand vor der Öffentlichkeit klarzulegen. Private Unternehmer sind eher in der Lage, durch Schiebungen die Kriegsgewinne in der Verrentung verschwinden zu lassen, aber die Aktiengesellschaften müssen Farbe bekennen, indem sie ihre Abrechnungen und Bilanzen veröffentlichen. Unter diesem Zwange haben sie einräumen müssen, daß sie in den beiden Kriegsjahren bedeutend höhere Gewinne erzielt haben, als jemals in den früheren Jahren des Friedens, was sich aus den weitaus höheren Ziffern der gezahlten Dividenden ergibt. Im ersten Kriegsjahre sind diese höheren Gewinne noch nicht so deutlich in der Ercheinung getreten, weil einerseits die Umschaltung der Betriebe von der Friedens- in die Kriegswirtschaft große Kosten verursacht hat, die zunächst aus den Ueberflüssen gedeckt worden sind, und weil andererseits die Gesellschaften durch Abschreibungen und Verrechnung aller Schäden verbeßert und früher entstandene Löhler zugestopft haben. Für viele Unternehmungen ist die Kriegszeit zu einer Gewinndarstellung geworden, und mancher Betrieb, der nicht leben und nicht sterben konnte, hat sich unter dem Einfluß der Kriegswirtschaft wieder erholt. Darum geben die bisher von den Aktiengesellschaften veröffentlichten Dividendenziffern kein richtiges Bild von den Geschäftserträgen, da die wirklichen Gewinne erheblich höher sind. Obendrein ist man eifrig bemüht, den Tatbestand noch zu verdunkeln, um das Bild ungünstig erscheinen zu lassen.

Den Behörden ist diese edle Absicht längst bekannt und seitens der maßgebenden Stellen wurde die Frage erörtert, was zu tun sei, um die Gesellschaften zu einer ehrlichen Bilanzstellung zu zwingen. Leider hat die Gesetzgebung in dieser Beziehung fast völlig versagt, weil sie auf halbem Wege stehen geblieben ist. Tatsächlich hat die Regierung den Aktionären und Direktoren der Gesellschaften ein allzu großes Entgegenkommen gezeigt, indem sie nicht alle Möglichkeiten einer Gewinnerklärung beseitigte.

Es gibt verschiedene Mittel, die geschäftlichen Ergebnisse so zu maskieren, daß die Deffentlichkeit getäuscht wird. Das beliebteste Mittel ist die sogenannte Kapitalverwässerung, die darin besteht, daß neue Aktien zu niedrigem Kurse ausgegeben werden, auf die den Aktionären ein Vorzugsrecht eingeräumt wird. Manchmal geben die Gesellschaften auch Gratisaktien an die Aktionäre aus. Dadurch wird die Zahl der Aktien vermehrt, der Gewinn verteilt sich auf diese größere Zahl und die auf die einzelne Aktie fallende Dividende wird scheinbar geringer, während die Aktionäre in Wirklichkeit denselben Gewinn einjaden.

Ein andres Mittel ist die Kapitalverschmelzung, die darin besteht, daß eine Gesellschaft, die bereits zu viel Fett an-

gefesht hat, sich mit einer Gesellschaft verschmilzt, die noch einen Fettschlaf vertragen kann. Selbstverständlich befinden sich die Aktien beider Gesellschaften in denselben Händen und so bekommen die Aktionäre das, was ihnen auf der einen Seite verloren geht, auf der anderen Seite wieder. Aber es ist der Flock, der Doffentlichtheit Sand in die Augen zu streuen, auf diese Weise erreicht.

Nach andre Verschleierungsmethoden gibt es, die aber alle darauf hinauslaufen, die ungeheuren Kriegsgewinne mit dem Mantel der Liebe zu bedecken. Leider ist die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen, daß diese Schwindelnummer Erfolg haben werden. Allem Anschein nach werden es die Kriegswucherer fertig bringen, ihre finanziellen Verhältnisse so zu verwirren und zu verdunkeln, daß es nach Beendigung des Krieges kaum noch möglich sein wird, die erzielten Kriegsgewinne in ihrer tatsächlichen Höhe zu ermitteln und festzuhalten. Dem Auge des Beobachters kündigen sich bereits die Anfänge einer raffinierten Kapitalverschleierung an und, wenn nicht frühzeitig Einhalt getan wird, wird ein beträchtlicher Teil der Milliardengewinne wie durch Zauberer verschwinden. Die Kriegswucherer werden dann in der Lage sein, ihren Raub in Ruhe zu verzehren, die große Masse des deutschen Volkes aber, die so viel Opfer an Blut und Leben gebracht hat, wird gezwungen sein, die schweren Kriegslasten auch in der kommenden Friedenszeit weiter zu schleppen. Aber das Volk wird sich dies wohl nicht gefallen lassen. **B r u t u s.**

Partei und Gewerkschaften über die Teilnahme an der Stockholmer Konferenz.

Auf die in Nr. 29 des „Proletarier“ abgedruckte Einladung zur Teilnahme an einer Internationalen Konferenz in Stockholm hat der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei gemeinsam mit der Generalkommission der Gewerkschaften am 20. Juli an die Delegation des russischen Kongresses der Arbeiter- und Soldatenvertreter folgende Antwort erteilt:

Werte Genossen!

Der Vorstand und die Delegation der deutschen Sozialdemokratie haben den Bericht über die mit der Delegation des russischen Kongresses der Arbeiter- und Soldatenvertreter am 4. und 5. Juli in Stockholm geführten Verhandlungen geprüft. Sie bekräftigen aufs neue ihre bereits durch Brief vom 7. Juni gegebene Erklärung über die Teilnahme an der in Stockholm geplanten allgemeinen Sozialistenkonferenz.

Die deutsche Sozialdemokratie hat die in Deutschland vorhandenen ungewöhnlichen Tendenzen seit Kriegsbeginn scharf bekämpft. Sie ist durchaus der Auffassung, daß die Regierungen, die nach der allgemeinen Sozialistenkonferenz noch nicht klar und unzweifelhaft ihre Kriegsziele bekundeten oder bei der Bekundung als ihr Kriegsziel Eroberungen oder finanzielle Verwertigungen bezweckten, auf das entschiedenste bekämpft werden müssen.

Die deutsche Sozialdemokratie hat bereits durch Beschluß ihres Vorstandes und Ausschusses vom 19. April ihr Einverständnis mit der Friedensplattform des Arbeiter- und Soldatenrates erklärt.

Die deutsche Sozialdemokratie ist bereit, die diesen Grundätzen entsprechenden Beschlüsse der Konferenz anzuerkennen und durchzuführen, wobei sie voraussetzt, daß es sich dabei nur um Beschlüsse handelt, die auf alle Parteien zutreffen und daß alle an der Konferenz teilnehmenden sozialistischen Parteien der kriegführenden Länder sich verpflichten, diese Beschlüsse gleichzeitig mit allen zur Verfügung stehenden Kräften durchzuführen.

Die deutsche Sozialdemokratie wünscht den Bemühungen der russischen Genossen um das Zustandekommen der Konferenz weiterhin den besten Erfolg und erwartet, daß es in Stockholm gelingen wird, für ein gemeinsames Arbeiten aller sozialistischen Parteien ein Einverständnis zu erzielen.

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Gewerbliche Vergiftungen in Sprengstoffbetrieben.

1. Entstehung und Verlauf der Vergiftungen.

Ueber Gesundheitschädigungen bei der Arbeit in Sprengstoffabriken verbreitet sich Medizinalrat Dr. Koelsch in der „Zeitschrift für das gesamte Schieß- und Sprengstoffwesen“. Er behandelt nicht das ganze Gebiet der Sprengstoffherstellung, sondern nur die Arbeit mit den sogenannten Nitrokörpern. Infolgedessen geht er auch nicht auf alle die Gefahren ein, die den Arbeitern in der Sprengstoffindustrie drohen, vielmehr beschränkt er sich auf die durch die eben genannten Körper verursachten gewerblichen Vergiftungen. Wir geben nachstehend aus seinen Ausführungen das wieder, was auch für die Arbeiter verständlich, wissenschaftlich und beherzigenswert ist.

Die wichtigsten der in der Sprengstoffindustrie vorkommenden aromatischen Nitrokörper sind nach Koelsch die nitrierten Benzole, Toluole, Glykole, Anipole, Kaptholone und Phenole. Diese Substanzen können in den Körper eindringen: 1. durch die Nase und den Mund (beim Einatmen, beim Essen, durch beschmutzte Finger usw.); 2. durch die Haut. Nicht nur durch die verletzte Haut (Wunden), sondern auch durch die unversehrte Haut dringen die Gifte in den Körper ein. Allerdings nicht bei allen Menschen gleichmäßig. Das Durchdringen ist abhängig von der besonderen Beschaffenheit der Haut, von der Dicke, Porenweite, Durchblutung, Schwitzbildung usw.

Für die Wirkung des Giftes ist es gleichgültig, auf welchem Wege es eintritt. Jedoch sind zur Auslösung einer Vergiftung geringere Mengen nötig, wenn die Aufnahme durch die Haut, als wenn sie durch den Mund oder die Nase erfolgt.

Schwächliche, blasse, herbe und mager, ferner alle oder sehr jugendliche Personen erkranken besonders leicht. Manche Menschen können sehr große Mengen vertragen, bei anderen lösen kleine Mengen schwere Störungen aus. Als die Vergiftung begünstigende Voraussetzungen nennt Dr. Koelsch:

1. mangelnde Intelligenz des Arbeiters, welche die Gefahren des Betriebes nicht erkennen oder unterschätzen läßt bzw. zur Aufrechterhaltung der gebotenen Vorsichtsmaßnahmen und Reinlichkeitsvorschriften führt;
2. unge Arbeiteräume mit mangelhafter Durchlüftung und Klimatisierung, die die Zuführung frischer Luft bei der Heizung erschweren und die Schwitzbildung steigern;
3. hohe Temperatur im Arbeitsraum. Die Wärme fördert die Durchdringung der giftigen Stoffe und fördert

zugleich deren Aufnahme durch die Haut, weil sie die Schweißbildung vermehrt. Uebrigens steigert sie das Durstgefühl und damit die Aufnahme alkoholischer Getränke, wodurch wiederum die Vergiftung begünstigt wird.

Darüber schreibt Dr. Koelsch:

„Der Alkohol begünstigt selbst in kleinen Mengen erfahrungsgemäß die Giftwirkung in hohem Grade. Diese, dem Praktiker längst bekannte Tatsache wurde auch durch mehrfache ärztliche Beobachtungen sowie im Tierversuch bestätigt.“

Diese Aufzählung der Bedingungen für das Zustandekommen der Vergiftungen ist deshalb von Bedeutung, weil sie die Findung geeigneter Schutzmaßnahmen erleichtert. Bevor jedoch darauf eingegangen wird, sei einiges von dem wiedergegeben, was Dr. Koelsch über die Art bzw. die Folgen der durch die nitrierten Benzole hervorgerufenen Vergiftungen schreibt.

Der Hauptangriffspunkt für diese Giftstoffe ist das Blut. Die roten Blutkörperchen werden schwer geschädigt bzw. zerstört; der durch Zerfall der Blutkörperchen freierwerdende rote Blutfarbstoff kreist im Blut und ruft gelbsuchtähnliche Erscheinungen hervor. Die Vergiftungserscheinungen können schon nach kurzer Beschäftigungsdauer, z. B. schon am ersten oder zweiten Arbeitstage, auftreten.

Bei leichteren Fällen tritt Gesichtsblassheit mit auffälliger bläulicher Verfärbung der Lippen und Wangen ein. Die Vergifteten klagen über Mattigkeit, Schwindelgefühl, Kopfschmerz, Appetitmangel und Schläfrigkeit. Diese leichteren Erscheinungen gehen meist bald wieder zurück, wenn die Befallenen die Arbeit aussetzen.

Die abgestellte Hungersnot

Von Friedrich Rückert

**Als im Lande Hungersnot war
Und dem König ward berichtet,
In des Reiches reichsten Städten
Stürben viele Arme Hungers -
Hört! welche rasche Auskunft
Deros traf, der Perseerkönig:
Eigenhändig schrieb er einen
Brief an jene Stadt im Reiche
Dieses Inhalts: „Wo ein Armer
Hungers stirbt in euern Mauern,
Werd ich für den Armen einen
Reichen nehmen und im Kerker
Auch ihn Hungers sterben lassen!“
Niemand starb im Lande Hungers,
Und die Reichen selber brauchten
Nicht zu hungern, mit den Armen
Aur den Ueberfluß zu teilen.**

In schweren Fällen steigern sich diese Störungen ganz erheblich; es treten besonders Klagen über Atemnot, Beklemmung auf der Brust, Druck in der Herzgegend hinzu. Die Blaufärbung wird stärker, so daß bei ganz schweren Vergiftungen Kopf, Arme und Beine, sogar der Kumpf und die Schleimhäute des Mundes bläulich-schwarz oder gar bräunlich-schwarz gefärbt sind. Wiesel zeigt sich dabei auch eine Gelbfärbung der weißen Augenhaut. Zugleich werden Bewußtlosigkeit, Krämpfe, Zittern, Schläfrigkeit, ferner Erbrechen, Durchfall und Leibschmerzen usw. beobachtet.

Die Krankheitsdauer beträgt in leichteren Fällen nur einige Tage, meist aber 2-4 Wochen, in sehr schweren Fällen mehrere Monate. In manchen Fällen führt die Vergiftung auch zum Tode; dieser tritt dann meist nach ganz kurzer Erkrankungsdauer unter Absinken der Atmung- und Herzstätigkeit, unter Bewußtlosigkeit und Krämpfen ein.

Wie Dr. Koelsch mitteilt, bleibt bei den von einer Vergiftung Befallenen, aber wieder geheilten Personen meist eine deutlich gesteigerte Empfindlichkeit gegen neue Giftmengen zurück; besonders dann, wenn die Erholungszeit zu kurz war. Daraus wäre zu folgern, daß Personen, die eine solche Vergiftung erlitten haben, möglichst gar nicht, jedenfalls aber erst nach einer ausreichenden Erholungszeit wieder an den alten Arbeitsplatz zurückkehren dürfen. Vor allem sind weibliche Personen von Plagen fernzuhalten, wo sie solchen Vergiftungen ausgesetzt sind; ganz besonders aber schwangere Frauen, weil eine Vergiftung oft zur Ausstoßung der Leibesfrucht führt.

Zusammenfassend urteilt Koelsch, daß „die nitrierten Benzole bei der gewerblichen Verarbeitung recht energigisch wirkende Gifte sind, die ihren Hauptangriffspunkt im Blut finden. Die Vergiftungsgeschwindigkeit ist bei allen Arbeitern mit denselben eine sehr erhebliche; ihr Brennpunkt liegt nicht in der Haut, sondern in der Zeit mit ihnen näher zu beschäftigen hat; ein „Geseitsein“ gibt es hier im allgemeinen nicht. Demgemäß besteht für derartige Betriebe die unbedingte Notwendigkeit einer weitgehenden hygienischen Fürsorge und Ueberwachung“. Zu einer solchen Fürsorge und Ueberwachung macht Koelsch dann nähere Vorschläge, von denen wir in einem zweiten Aufsatz Kenntnis nehmen wollen. Hier sei nur noch kurz erwähnt, daß die nitrierten Toluole, Glykole, Kaptholone, Anipole und Phenole nach Koelsch nur selten und geringfügige Vergiftungen hervorrufen.

Arbeiterschutz in Sprengstoffabriken.

Die zahlreichsten und folgenschwersten Explosionen in Sprengstoffabriken haben ausserdem auch im Kriegssamt die Erkenntnis ausgelöst, daß zum Schutze der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter und zur Sicherung der Munitionserzeugung etwas mehr als bisher getan werden muß. Daraus resultiert ein Entwurf für, in dem das Kriegssamt einschneidende Massnahmen gegen Wunden und Explosionen in Munitionsfabriken anordnet. Wenn die Genehmigung zum Bau und Betrieb noch nicht erteilt ist und die zentralen Instanzen es erfordern, kann von den beteiligten Generalinspektoren eine vorläufige Bau- und Betriebsanweisung erteilt werden. Im Interesse des Arbeiterschutzes und der Erzeugung ist die Erlaubnis von Be-

sonderen Bedingungen abhängig zu machen. Für deren Aufstellung sind der Regierungspräsident und die Ueberwachungsausschüsse zu hören. Eine Uebernahme oder Weiterführung des Betriebes ohne Ueberlaubnis darf unter keinen Umständen erfolgen. Für die regelmäßige Ueberwachung werden bei den Kriegssamtsstellen Ueberwachungsausschüsse gebildet, die aus einem sachverständigen Regierungs- und Gewerbetariffen. Die Ausschüsse haben verständigen Offizier oder höheren Beamten der Kriegssamtsstelle und dem sich die Mitwirkung eines erfahrenen Vertreters der Berufsfeuerwehr für die Prüfung der Feuer- und Feuerlösch-Einrichtungen zu sichern. Die Arbeiter scheinen wieder in den Ueberwachungsausschüssen noch als Sachverständige mitwirken zu sollen.

Folgenschwere Explosion.

Im Betriebe der Firma Hugo Lenßen, Lackfabrik, Zeitz, ereignete sich am Sonnabend, dem 14. Juli, eine Explosion, bei der die Lackfabrik in Flammen ausbrach. Dabei sind leider auch drei Menschenleben zu beklagen. Infolge der gefährlichen Arbeit und auch wegen der Schnelligkeit des Brandes konnten sich die Arbeiter dieser Abteilungen nicht mehr retten. Es sind dabei zu Tode gekommen die Arbeiter Herr Wolfmann und Otto Frißsche und die Arbeiterin Anna Höfer, sämtlich aus Zeitz.

Der entstandene Schaden soll bedeutend sein und wäre zweifellos noch größer gewesen, wenn nicht diese Abteilung getrennt von den übrigen Betriebsabteilungen gelegen wäre. Der Betrieb wurde fortgesetzt, wie auch die ausgebrannte Abteilung im Laufe der Woche wieder in Betrieb gesetzt wurde.

Unzureichende Löhne in der Pulverfabrik Premnitz.

Die Pulverfabrik Premnitz sucht in fast allen Gegenden Deutschlands durch die Tagespresse Arbeitskräfte. Dabei verspricht sie „lohnende“ Beschäftigung. Leider versteht sie unter „lohnend“ etwas anderes als viele der nachfragenden Arbeiter. Um weiteren Kreisen der Arbeiterchaft von der Entlohnung in den Betrieben dieses Unternehmens Kenntnis zu geben und denen, die unter lohnender Beschäftigung in der jetzigen Zeit etwas anderes verstehen, unnötige Mühe zu sparen, geben wir nachstehend das Angebot wieder, das einem Mitgliede unseres Verbandes auf seine Anfrage zuzuging. Das - verbiefältigte - Schreiben sieht so aus:

Hilfsdienstpflicht!

Wir stellen Arbeiter und Arbeiterinnen zu nachstehenden Bedingungen ein:

Die Löhne stellen sich bei zehnstündiger Arbeitszeit wie folgt:

Arbeiter für Betrieb Pulverfabrik:

16- bis 18 jährige 60 Pf. (Grundlohn 40 Pf. und 20 Pf. Zulage),
18- bis 20 jährige 65 Pf. (Grundlohn 45 Pf. und 20 Pf. Zulage),
über 20 jährige 70 Pf. (Grundlohn 50 Pf. und 20 Pf. Zulage).

Arbeiter für Plagbetrieb ohne Altersunterschied:
75 Pf. (Grundlohn 50 Pf. und 25 Pf. Zulage).

Arbeiter und Arbeiterinnen unter 16 Jahren werden nicht eingestellt. Schlafgelegentheit ist in unsern Wohnbaracken auf dem Werk in Premnitz sowie in Massen- und Einzelquartieren in Rathenow vorhanden. Im Falle in Rathenow gewohnt werden muß, wird die Arbeiterwochenkarte vergütet.

Die Preise für Mittag- und Abendessen in unsern Kantinen auf dem Werk stellen sich wie folgt:

für Arbeiter: Mittagessen 50 Pf. und Abendessen 50 Pf.,
für Arbeiterinnen: Mittagessen 50 Pf. und Abendessen 35 bis 50 Pf., je nach Portion.

Kaffee wird in den Kantinen und Quartieren gegen Zahlung von 10 Pf. abgegeben.

Die Kosten der Zureise werden vergütet, wenn Betreffende vier Wochen bei uns in Arbeit gefunden haben.

Bei Arbeitsannahme sind folgende Papiere erforderlich:

Invalidentarte, letzter Entlassungsschein, ebtL. Kriegsschein (§ 9 des Hilfsdienstgesetzes) sowie Ausweis über Zugehörigkeit zur Krankenkasse, und haben sich Arbeitsuchende in unser Arbeiterannahmestelle in Rathenow, Bahnhofstraße 22, zu melden. - Jugendliche Arbeiter haben außer vorgenannten Papieren ein ordnungsgemäß geführtes Arbeitsbuch vorzulegen. **Arbeiterannahmestelle der Pulverfabrik Premnitz.**

Der Höchstlohn für einen erwachsenen Arbeiter beträgt nach diesem Angebot 7,50 M. für den Tag, gleich 45 M. für die Woche. Wie soll damit ein jugendlicher Arbeiter, der verheiratet ist, seine Familie aber in seinem Heimatorte lassen muß, auskommen? Selbst wenn er in den Schlafstätten der Fabrik oder in den Massenquartieren am Orte wohnt und in den Werkkantinen ist, muß er einen sehr erheblichen Teil seines Lohnes für den eigenen Lebensunterhalt verbrauchen. Für die Familie wird wenig mehr als die Hälfte des Wochenlohnes übrig bleiben. Wie soll die aber damit auskommen bei den jetzigen Preisen für Lebensmittel und alle sonstigen Bedarfsartikel?

Es wäre sehr zu empfehlen, daß die Leitung des Unternehmens sich diese Frage einmal vorlegt und zur Beantwortung reichliche Unterlagen und Sachverständige heranzieht. Dann wird sie bald zu der Ueberzeugung kommen, daß sie mit den von ihr gebotenen Löhnen einen tüchtigen Arbeiterstamm weder herziehen noch erhalten kann.

Noch mehr als die Betriebsleitung haben selbstverständlich die Arbeiter in dem Unternehmen die Pflicht, für einen den Zeitverhältnissen angemessenen Lohn einzutreten. Bist es ihnen dazu an der notwendigen Voraussetzung: einer festgesetzten gewerkschaftlichen Organisation, so müssen sie sich eine solche schaffen.

Forderungen der chemischen Industrie zur Uebergangswirtschaft.

Der Verband pharmazeutischer Fabriken (Fabriken, die Heilmittel herstellen) in Hamburg hat an den Reichsminister für die Uebergangswirtschaft eine Eingabe gerichtet, in der Richtlinien für die zukünftige Behandlung der pharmazeutischen Industrie gegeben und um deren Anerkennung ersucht wird. Die Forderung, dieser Industrie eine Sonderbehandlung angedeihen zu lassen, ergab sich einmal aus der Notwendigkeit, das Inland in ausreichendem Umfange mit Medikamenten zu versorgen, ferner aus ihrer besonderen Eignung, zur Wiederaufrichtung des deutschen Außenhandels beizutragen, weil sie im Vergleich mit anderen Industrien nur verhältnismäßig geringe und geringen Raum in Anspruch nehmende Mengen ausländischer Rohstoffe nötig habe, und weil ihre Erzeugnisse, die im Auslande gesucht und während des Krieges nur zum Teil erzeugt seien, auf der anderen Seite einen verhältnismäßig hohen Geldwert darstellen. Aus diesen Gründen hält der Verband eine möglichst volle Befriedigung des Rohstoffbedarfes der pharmazeutischen Industrie für zweckmäßig und auch für verhältnismäßig leicht durchführbar.

Ferner wird verlangt, daß Verkäufe nicht zu großen Umfanges, soweit sie in eigenen Betrieben des Käufers Verwendung finden, im weitesten Umfange freigegeben werden sollen. Eigene Käufe von Betrieben im Auslande sollen statthaft sein, wenn die nach Deutschland gebrachten Rohstoffe in den Betrieben der Erwerber verarbeitet und als Fertigarbeiten wieder in das Ausland ausgeführt werden.

Die zuletzt genannten Forderungen gehen von der Voraussetzung aus, daß das Reich den Außenhandel in irgendeiner Form selbst in die Hand nehmen wird. Daß solche Pläne bestehen, ist bekannt, jedoch weiß vorläufig wohl noch niemand, ob und wie sie verwirklicht werden können. Wie im „B. Z.“ mitgeteilt wird, soll nicht der Einfluß im Auslande zentralisiert werden, sondern es sollen die von privater Seite eingekauften Waren einer Zentralfabrik zur Verteilung im Inlande überwiesen werden.

Eine solche Maßregel mag für die Zeit der Uebergangswirtschaft durchführbar sein, auf die Dauer würde sie u. E. zu schweren Schädigungen des deutschen Außenhandels führen. Die chemische Industrie vor allem würde sich kaum damit anfreunden, die sie zwar Rohstoffe im Auslande einkaufen darf, sie aber nach der Einfuhr einer Reichszentralfabrik zur Verteilung überweisen muß.

Papier-Industrie

Stimmen aus dem Felde zur Kriegsfürsorge der Papierfabrikanten.

Als bei Ausbruch des Weltkrieges weite Kreise des deutschen Volkes von einem patriotischen Kriegstumel befallen wurden, da erklangen auch aus den Kreisen der Unternehmer vereinzelte Stimmen, die es als eine Ehrenpflicht bezeichneten, für die Kriegsschädigten zu sorgen und die Familien der Kriegsteilnehmer finanziell zu unterstützen.

Diese zutage tretende Gleichgültigkeit vieler Unternehmer an dem Wohlergehen der Familien ihrer im Felde stehenden Arbeiter hat nicht nur den Unwillen der in der Heimat gebliebenen Arbeiter verursacht, sondern unter den Kriegsteilnehmern eine berechtigter Erbitterung hervorgerufen.

In diesem gewaltigen Kriege, wo das deutsche Volk um seine Bedeutung und um Sein oder Nichtsein kämpft, wo es alle seine Kräfte anspannt, um den Abwärtsschritt der Feinde, Deutschland vom Weltmarkt auszuschalten und zu vernichten, entgegenzutreten, lesen wir von den Gewinnern der Zellstoff- und Papierfabriken im Kriegsjahre 1915/16.

So erfreulich es ist, daß unsere geliebte Industrie durch diesen schrecklichen Krieg nicht unterging, sondern durch anstrengende Leistungen der Daheimgebliebenen hochgehalten worden ist, so bedauerlich ist es doch, daß es noch Gesellschaften gibt, die recht wenig für die Angehörigen der zum Heeresdienst eingezogenen Angestellten und Arbeiter tun.

Galten wir nicht draußen Tag und Nacht ununterbrochen stand und sehen wir nicht gern unser Leben ein zum Schutze von Haus und Hof, Gut und Beben der Daheimgebliebenen, damit diese alltäglich ihrer gewohnten Beschäftigung nachgehen können? Wie vertrauens haben wir im nahenden Trommelfeuer stand, wenn wir wissen, unsere Familien leiden nicht Not. Wer wie schwer wird uns der Sturmangriff, wenn wir in der letzten Minute vorm Sturm im Geleite die Bilder unserer Lieben sehen, wenn uns die nächste Minute den Tod bringen kann, und wir sie in Not und Bekümmernis zurückgelassen wissen!

Hier nun Angestellten und Arbeitern, die daheim geblieben sind, möchten wir doch zurufen, seid euer, arbeitet willig und gern und denkt, daß auch von eurer Arbeit der siegreiche Friede abhängt. Laßt euch nicht durch böse und kleinliche Gemüter betören, die unsre innere Einigkeit gefährden, auch wenn ihr euch mancherlei Entbehrenungen auferlegen müßt, denkt immer an uns, die wir in ständlicher Todesgefahr sind. Durch gemeinschaftliche Arbeit, wir daruhen mit Leib und Leben vorm Feinde, ihr daheim durch angestrengten Fleiß für die Nahrungswirtschaft, werden wir uns einen siegreichen Frieden erzwingen, der Deutschland's Zukunft sichert und uns zu gemeinschaftlicher Arbeit in der geliebten Papiermacherei wieder vereintigt.

Wir, die wir täglich die Not der Kriegerfrauen mit eigenen Augen sehen, denen täglich die Klagen über das mangelhafte Entgegenkommen der Unternehmer in dieser Frage von den Kriegerfrauen vorgebracht werden, verstehen den Schmerz und den Unwillen unsrer im Felde kämpfenden Arbeitsbrüder. Wir verstehen den Unwillen unsrer Krieger um so mehr, weil wir am eigenen Leibe die Not verspüren, weil wir aber auch aus unsern täglichen Erfahrungen wissen, wie schwer es hält, trotz gesteigerter Arbeitsleistungen den Unternehmern in der Papierindustrie einige pfeifende Lohnerhöhung oder Teuerungszulagen als Ausgleich für die allgemeinen Teuerungsverhältnisse abzutrotzen.

Was wir aber nur schwer verstehen, ist die Zudringlichkeit, mit der unsre selbsttrauen Berufskollegen glauben, durch ihre Zuschrift an das Verbandsorgan der Unternehmer die Herzen der Papierindustriellen zu erweichen. Die Notlage der Kriegerfrauen und der Arbeiter ist den Unternehmern genau so bekannt, wie jedem deutschen Volksgenossen in der Heimat. Wenn die Papierindustriellen freiwillig die wirtschaftliche Lage ihrer Kriegerfrauen und Arbeiter verbessern wollten, so hätten sie das längst tun können. In der Lage dazu sind sie zweifellos auf Grund ihrer günstigen Geschäftsergebnisse, die sie sich durch fortwährende Preiserhöhung ihrer Erzeugnisse gesichert haben. Die ehemals jübierten patriarchalischen Verhältnisse haben längst dahin, ebenso wie die bei Kriegsausbruch in patriotischer Begeisterung verkündete „Brüderlichkeit der deutschen Volksgenossen“. Freiwillig waren die Papierindustriellen schon vor dem Kriege nicht bereit, die wirtschaftliche Lage ihrer Arbeiter zu verbessern; freiwillig haben sie während der Kriegszeit keine ernstlichen Anstrengungen gemacht, um die Lebenslage der Arbeiter und deren Familien zu heben, und freiwillig werden sie auch nach dem Kriege keine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zugehen. Die Papierarbeiterchaft wird nach wie vor auch das geringste Zugeständnis der Unternehmer auf wirtschaftlichem Gebiete diesen mit Hilfe ihrer gewerkschaftlichen Berufsorganisation abkämpfen müssen.

Trotzdem bedeutet die Zuschrift dadurch, daß sie von dem Unternehmerorgan zum Abdruck gebracht wurde, ein wertvolles Zugeständnis zu unsern Behauptungen über die mangelnde Kriegsfürsorgertätigkeit der Papierindustriellen. Bisher wurden unsre Forderungen über die unzureichende Unterstützung seitens der Unternehmer von diesen als „Sekerei und Wählererei“ bezeichnet. Wir werden auch in Zukunft fortfahren, unsre Stimme immer wieder für eine bessere Entlohnung der Papierarbeiter und für eine ausreichende Unterstützung der Kriegerfrauen zu erheben. Nicht

Almosen sind es, die die Kriegerfrauen von den Papierindustriellen beanspruchen, sondern wohlverdienene Rechte, dadurch erworben, daß ihre im Felde kämpfenden Männer nicht nur die eigene Heimat verteidigen, sondern auch die blühende deutsche Industrie vor feindlicher Vernichtung schützen und dadurch den in der Heimat verbliebenen Unternehmern und Kriegslieferanten die Möglichkeit zum Verdienst fabelhafter Gewinne bieten. Von diesen Gewinnen einen bescheidenen Anteil zu fordern, ist das Recht der Kriegerfrauen, ist das Recht der in der Heimat werteschaffenden Arbeiterchaft. Pflicht der Unternehmer ist es, ihrer Arbeiterchaft durch Bezahlung ausreichender Löhne und ihren Kriegerfrauen durch Gewährung ausreichender Kriegsunterstützungen den diesen gebührenden Tribut zu gewähren. Pflicht der Arbeiter und Angestellten ist, dafür zu sorgen, daß sich die Unternehmer von der Zahlung dieses Tributs nicht drücken, dazu bedarf es aber einer gemeinschaftlichen Gewerkschaftsarbeit in der „geliebten Papiermacherei“.

Unwürdige Behandlung der Arbeiter.

Als Janowski wird uns geschrieben: Eine ganz unwürdige Behandlung wird der Arbeiterchaft in der Schlesienschen Zellulose- und Papierfabrik, A.-G., zuteil. Nicht nur, daß sie täglich die größten Schimpfworte anhören muß, auch zu Tätlichkeiten sind die Herren Vorgesetzten in letzter Zeit übergegangen. Erst vor einigen Tagen wurde ein Arbeiter ohne Grund und Ursache mit Ohrfeigen bedacht, und fast täglich gehen bei der Organisationsleitung Beschwerden wegen unwürdiger Behandlung ein. Ganz besonders sind es der Betriebsleiter Vollmer und der Maschinenmeister Freundig, über die Klagen geführt werden. Diese Herren sollten sich einmal überlegen, ob es angemessen ist, in einer so schweren und ersten Zeit, wo jeder seine Sorgen und seinen Kummer hat, die Arbeiter in einer derartigen Weise zu behandeln. Man sollte doch meinen, daß jetzt, wo ein solch erheblicher Mangel an männlichen Arbeitskräften besteht, die Arbeiter wenigstens eine anständige Behandlung erwarten dürfen, aber in der hiesigen Papierfabrik ist das gerade Gegenteil der Fall.

Auch die Behandlung der im Betriebe beschäftigten russisch-polnischen Arbeiter ist alles andere als vorbildlich. Worte wie „russische Sauhund“, „Schweinebande“ u. a. sind an der Tagesordnung. Auf eine eingereichte Beschwerde an den Vorstand des Kreises Schönau erhielten die Beschwerdeführer die Antwort, daß sie bei Arbeitsverweigerung einem Internierungslager überwiesen würden. Nun sind aber viele Arbeiter der Meinung, daß sie es im Internierungslager bedeutend besser haben würden als hier. Dabei ist noch zu beachten, daß bei den russisch-polnischen Arbeitern Lente sind, die in ihrer Heimat eine bedeutend bessere Stellung bekleiden haben als hier die Meister und Betriebsleiter, und die nur durch die Kriegsnot und durch die Maßnahmen der Heeresverwaltung hierher verschlagen worden sind. Warnt der Betriebsleiter Vollmer vielleicht, durch seine unwürdige Behandlung die Leute an Deutschland zu fesseln, und will er in dieser Weise Germanisationspolitik betreiben? Die Folgen werden sich sehr schnell zeigen. Eine derartige Handlungsweise ist nur geeignet, den Haß gegen alles, was deutsch ist, immer mehr zu steigern. Die Arbeiter haben zwei Jahre lang willig und fleißig die schwere Arbeit geleistet, wenn sie aber dauernd einer so jämmerlichen Behandlung ausgesetzt sind, und ihnen jetzt ohnedies noch Lohnrückstände gemacht werden, so kann man es verstehen, wenn sie darüber unwillig werden. Inwiefern die Direktion mit einer derartigen Behandlung einverstanden resp. davon unterrichtet ist, wissen wir nicht; die Arbeiterchaft ist aber nicht willens, sich eine derartige Behandlung länger gefallen zu lassen, und wenn der Direktion keine Mittel zur Verfügung stehen oder der gute Wille zu einer Verringerung fehlt, dann wird sie mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln selber eine Verringerung herbeizuführen suchen.

Tödliche Unfälle in Papierfabriken.

Folgequerschnitt wurde in der Papierfabrik zu Humilprunge ein Monteur bei Vornahme einer Maschinenreparatur. Ein Unglücksfall ereignete sich in der Papierfabrik von Braunse u. Co. in Neumestrich. Der seit über 30 Jahren in der Fabrik tätig gewesene Arbeiter Amand Schwarzer schmierte den Treibriemen, während die Maschine im Gange war. Er wurde dabei von dem Riemen erfaßt und herumgeschleudert, wodurch ihm die Schädeldecke völlig zertrümmert wurde. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Ausstand in dänischen Papierfabriken.

In den Fabriken der Forenede Papierfabriker, Maglemälle bei Næstved, Dalum bei Odense und Silkeborg (Jütland) traten die Arbeiter unter Forderung höherer Löhne am 30. Juni in den Ausstand. Ein Vorschlag der Arbeitgeber, die Arbeit sofort wieder zu beginnen, monoch über die Teuerungszulage verhandelt werden solle, wurde vom Papierindustriearbeiterverband mit 812 gegen 16 Stimmen verworfen.

Keramische Industrie

Kriegsteuerungszulage für die Zementfabrikanten.

Am 1. Juli ist eine weitere Erhöhung der Preise für Baustoffe, vor allem für Zement und Kalk, eingetreten. Die erhöhten Preise für Zement gelten bis zum 30. September d. J. Nach einer Mitteilung der Reichsstelle für Zement an den Deutschen Zementbund G. m. b. H. in Berlin dürfen bei der Preiserhöhung nachstehend angegebene Grenzen nicht überschritten werden:

- 1. Lieferungen an die Heeresverwaltung (Frontpreis) und Lieferungen zu Bauten für Staatsverwaltungen (Staatspreis) für 10 000 Kilogramm ab Werk ohne Verpackung 580 Mk., 2. Lieferungen an Private zu Bauten aller Art (Listenpreis) für 10 000 Kilogramm ab Werk ohne Verpackung a) im Gebiet des Rheinisch-Westfälischen Zementverbandes einschließlich Vereinigung Rheinischer Hochofenzementwerke 650 Mk., b) im Gebiet der Süddeutschen Zementverkaufsstelle 650 Mk., c) im Gebiet des Norddeutschen Zementverbandes 650 Mk.

Zugelassen wird, daß von dem Norddeutschen Zementverbande in den einzelnen Gruppen seines Gebiets (Hannover, Schlesien, Unterelbe, Mitteldeutschland, Stettin, Berlin) entsprechend ihrer Beteiligung am Gesamtabsatz des Jahres 1913 verschiedene Preise festgesetzt werden. Voraussetzung bleibt aber, daß der für die Gesamtmenge festgesetzte Durchschnittspreis von 650 Mk. für den Doppelwagen nicht überschritten wird.

In einer weiteren Mitteilung der Reichsstelle für Zement wird der Zementindustrie die Verpflichtung auferlegt, in ihren Angeboten und Rechnungen über Zementlieferungen jedesmal zum Ausdruck zu bringen, daß in den genehmigten höheren Preisen eine Kriegsteuerungszulage von 180 Mk. für die Gruppe 1, 175 Mk. für Gruppe 2a, 180 Mk. für h und 185 Mk. für c enthalten ist. Diese Anordnung ist auf Veranlassung des Reichskanzler (Reichsamt des Innern) erfolgt.

Diese Kriegsteuerungszulage — der weitere veranzugewandten sind — beträgt bei den Heereslieferungen reichlich 30 Prozent, bei den Lieferungen an Private formell etwas weniger, tatsächlich weit mehr, weil ja diese 70 Mk. für 10 000 Kilogramm mehr bezahlen.

Vor Kriegsausbruch schwankte der Zementpreis zwischen 160 und 250 Mk. für 10 000 Kilogramm; der jetzige Preis steht mithin um etwa 200 Prozent über dem Friedenspreis. Es wäre nicht ohne Reiz, einmal festzustellen, um wieviel Prozent die Löhne der Arbeiter in der Zementindustrie in der Kriegszeit gestiegen sind. Gewiß nicht in dem Ausmaß wie die Preise für Zement, sondern viel, sehr viel weniger. Trotzdem sagt die Rundgebung der Regierung kein Sterbenswort davon, daß nun auch die Arbeiter eine entsprechende Kriegsteuerungszulage erhalten müssen. Die Zementfabrikanten aber geben eine solche nur, wenn sie dazu gezwungen werden. Da die Regierung einen solchen Zwang nicht ausübt, müssen die Arbeiter sich selber rühen. Zeit wird's dazu!

Weniger Bevormundung — mehr Arbeiterschutz.

In der Portlandzementfabrik Stein und in dem Kalkwerke Harburg (Bayern) sind circa 200 Personen, meist Gefangene (Belgier), und rund 70 Einheimische beschäftigt. Die Einheimischen arbeiten in Tag- und Nachtschicht. Dabei gibt es aber so viel Überlebens, daß manche fast gar nicht zu Hause kommen. Die Arbeiter sind durchaus schwer, so daß die Arbeiter als Schwerstarbeiter zu betrachten sind. Die Löhne entsprechen der schweren Arbeit leider nicht. Es werden noch Stundenlöhne von 25 bis 55 Pf., durchschnittlich 40 Pf., gezahlt.

Nach Ausbruch des Krieges wurde den Leuten im allgemeinen der Lohn gekürzt. Bis Ende Juni 1917 war eine Gleichstellung mit den alten Löhnen noch nicht erfolgt. Die Unzufriedenheit über die Lohnverhältnisse wuchs. Der Verband der Fabrikarbeiter nahm sich dieser Leute an und griff ein. Durch die Organisation kam Leben und Bewegung unter die Arbeiter. Die Verfechtung versuchte nun endlich etwas zu tun, um vorzubeugen. Vom 1. Juni an sollte sich der Stundenlohn um 2 Pf. erhöhen, bei einzelnen um 5 Pf. Neben unzureichenden Verbesserungen gab es allerlei bescheidene Dringungen. Es hieß, diejenigen, die „das Unheil“ heraufbeschworen und der Organisation Eingang verschafft hätten, „müssen alle einrücken“. „Für keinen Organisierten wird eine Reklamation gemacht“. „Entweder wird der Betrieb geschlossen, oder es werden nur noch Gefangene beschäftigt.“ — Und so weiter. Von der Behörde war dem Wert schon längst „anempfohlen“ worden, einen Arbeiterauschuss wählen zu lassen. Das wurde gemacht. Aber wie! — Der Direktor berief eine Versammlung ein und — wählte sich einen Ausschuss selbst.

Es dürfte wahrhaftig höchste Zeit sein, daß diese Herren vom Generalkommando eines andern belehrt werden. Es muß der Direktion einmal klar gemacht werden, daß ihre Auffassung vom „Durchhalten“ sehr ansprechbar ist.

Daß die überlange Arbeitszeit die Unfallgefahr erhöht, ist bekannt. Die Direktion täte deshalb gut, das zu beachten. Daß sie Unzufriedenheit zeigt, zeigt folgender Unfall. Ein Maschinenmeister arbeitete mit Ueberstunden bis nachts 12 Uhr. Früh um 3 Uhr wurde er aber schon wieder zur Arbeit geholt. An der Luftkompressor waren die Dichtungen kaputt. Zu dieser Reparatur mußte die Maschine stillgesetzt werden. Die Maschine hatte aber keine Leerzeit. Seit einem Jahre fehlt diese. Aus verkehrten Sparmaßnahmen wurden diese Scherben etwas stark ist. Aus diesem Grunde mußte der 25 Zentimeter breite Riemen im Gange abgeworfen werden. Der Maschinenmeister war seit einigen Jahren im Betriebe. Er war kein Kenner, hatte jahrzehntelange Praxis hinter sich, war sich seiner Sache und seiner Griffe sicher. Deshalb wollte er den Riemen bei der letzten halben Umdrehung abwerfen. Der Mann wurde jedoch zurückgeschleudert, fiel in die Maschine, erlitt eine Gehirnerkblutung und verschied noch am selben Tage. Daronij hieß es in einer Notiz der „Harburger“ und der „Donauwörther Zeitung“:

Unglücksfall. Der 52jährige Maschinenmeister Michael Nach der Zement- und Kalkwerke Harburg ist heute tödlich verunglückt. Derselbe hatte zur Abmontage eines breiten Transmissionsriemens die Maschinen abgestellt, jedoch schon bevor die Maschinen standen, versucht, den Riemen mittels eines Eisenrohres abzunehmen. Hierbei wurde er mit voller Wucht in Maschinenenteile hineingeschleudert und erlitt darauf ohne besondere äußere Verletzungen eine Gehirnerkblutung. Der Verletzte, dem sofortige ärztliche Behandlung zuteil wurde, erholte sich bald wieder, jedoch trat im Laufe des Nachmittags infolge interkraneller Blutung Verschlimmerung und rasch darauf der Tod ein.

Daß dem Maschinenmeister bei der angestrengten und langdauernden Arbeit und bei der jetzigen Ernährungsweise die Kraft und der sichere Griff fehlten, dürfte sehr begreiflich sein. Dies möchte auf die verpöcht Umänderung eines Selbstverhaltens in den obengenannten Zeitungen gejagt sein.

Alle diese Verhältnisse sind gewiß nicht dazu angetan, die Zufriedenheit der Arbeiterchaft zu fördern und für das Durchhalten zu begeistern. Den Harburger Zementarbeitern aber mag gesagt sein, daß sie nicht von der Direktion eine Verbesserung ihrer Lebenslage zu erwarten haben, sondern nur, wenn sie sich selbst helfen, und zwar mit Hilfe der Organisation, dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. D. S.

Verschiedene Industrien

Gute Geschäfte

machte die Zuckerrfabrik Glanzig auch im Berichtsjahr 1916. Die Einnahme betrug 2 944 930 Mk. gegen 2 553 324 Mk. im Jahre vorher. Die Abschreibungen werden recht hoch bemessen; für Kriegsjahre werden 500 000 Mk. zurückgestellt. Danach verbleibt ein Ueberfluß von 1 694 338 Mk. (1 498 768 Mk. im Vorjahr). Hieraus wird eine Dividende von 19 Prozent gleich 855 000 Mk. (20 Prozent gleich 900 000 Mk. im Vorjahr) ausgeschüttet. Für soziale Zwecke usw. werden 75 000 Mk. (90 000 Mk. im Vorjahr) zurückgestellt. Ueber das laufende Geschäftsjahr bemerkt die Verwaltung, daß sie mit Rücksicht auf die günstige Lage des Unternehmens mit gutem Vertrauen habe. — Was bei so guten Erträgen nicht wundernimm.

Nach besser hat die Zuckerrfabrik Demmin abgeklärt. Der Gewinn betrug bei diesem Unternehmen 713 326 Mk. Davon werden 162 488 Mk. zu Abschreibungen verwendet. An den Direktoren und Geschäftsführer werden 45 270 Mk. Danierem gezahlt — die „Fabrikanten sowie länger im Dienst stehende Arbeiter“ erhalten zusammen 9000 Mk. als Vergütung; also den fünften Teil dessen, was als Lohntiene an den Direktor und Geschäftsführer gezahlt wird. Eine sehr zeitgemäße Zeitung!

Von dem Gewinn erhalten ferner die Kassenkassen für jeden Zentner 48 Pfennig Abschaltung. Dadurch steigt der gezahlte Preis auf 1,73 Mk. für den Zentner. Die für die Nachzahlung auf, genannte Summe beträgt 367 502 Mk. Da die Kassenkassen durchweg Aktionäre sind, ist diese Summe eigentlich weiter nichts als eine verdeckte Dividende. Die Form einer Nachzahlung auf geleistete Kassen wird nur gewählt, um einerseits der Steuer zu entgehen, andererseits nicht durch allzuhohe Dividenden den Kreisen Material zu geben, die Gegner der möglichen Erhöhung der Kassen- und Zuckerpriese sind. — Neben der Nachzahlung wurden noch 10 Prozent Dividende verteilt, wozu 75 000 Mk. erforderlich waren. Wäre der ganze verteilte Gewinn als Dividende ausgeschüttet worden, hätten reichlich 55 Prozent verteilt werden müssen. Da versteht man es schon, daß zu Nachzahlungen als Ausschüttung geiffen wird. Als charakteristisch für die Art, wie die modernen Kapitalisten verfahren, ihrer doch ausschließlich auf Gewinn gerichteten Tätigkeit ein gemeinnütziges Mäntelchen umzuhängen, sei noch erwähnt, daß im Geschäftsbericht der Demminer Zuckerrfabrik mitgeteilt wird, die Gesellschaft habe „im Interesse der Volksernährung“ die Erzeugung von Kohlruben übernommen. Vielleicht ist die Gesellschaft einmal mit, wieviel sie für die Erzeugung als Entschädigung erhalten und was sie dabei verdient hat. Dann wird es sich zeigen, in wessen Interesse die Erzeugung übernommen wurde.

Uebersichts-Tabelle über die Arbeitslosigkeit im 2. Quartal 1917.

Table with columns for Gau, Zahlstellen, Mitgliederzahl, Zu- oder Abnahme, Arbeitslose Mitglieder, and various sub-categories of unemployment (a) am Orte, (b) auf der Reife.

Trotz erfolgter Mahnung haben die nachstehenden Zahlstellen die Karten nicht oder zu spät eingesandt:

- List of gaus and their corresponding card submission status, including Gau 1 to Gau 15 and Gau 16 to Gau 18.

Ein Preisausschreiben für eine gute Schutzvorrichtung.

Die Zuder-Berufsgenossenschaft setzt einen Preis von 15.000 Mark für die Erfindung und Herstellung einer geeigneten Schutzvorrichtung an Schleudermaschinen (Zentrifugen).

Zusammenschluß der Unternehmer in der Spielwarenindustrie.

Die Vereinigung: „Verband zur Förderung der gemeinsamen Interessen der Spielwarenindustrie und des Spielwarenhandels“ und der „Verband der Deutschen Spielwarenindustrie“ gründen einen neuen gemeinsamen Verband unter dem Namen „Deutscher Spielwarenverband“.

Eingabe der Generalkommission zur Kohlenversorgung.

Die Generalkommission hat Anfang Juli eine Eingabe an den Reichstag im Hinblick auf den Kohlenmangel im Winter 1917/18 eingereicht.

Die Eingabe enthält die Forderung, dass der Staat die Kohlenversorgung der Bevölkerung zu sichern hat, und dass die Kohlenpreise durch staatliche Maßnahmen begrenzt werden müssen.

Die Eingabe fordert ferner Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitskraft, indem die Arbeitszeit verkürzt und die Löhne erhöht werden, um die Produktion zu steigern.

Die Eingabe schließt mit der Bitte, dass der Reichstag die Forderungen der Generalkommission in der Kohlenversorgung unterstützen möge.

Rundschau.

Die Friedenserklärung des Reichstags.

Die Friedenserklärung, deren Wortlaut wir in Nr. 29 mitgeteilt haben, ist im Reichstag mit 212 gegen 126 Stimmen angenommen worden.

Zur Frage der Mietsteigerungen.

Vom Deutschen Wohnungsausschuß wird uns geschrieben: Seit einiger Zeit sind die Hausbesitzerorganisationen bemüht, unter Androhung der Wohnungskündigung eine planmäßige Erhöhung der Mieten durchzusetzen.

Eingegangene Schriften.

- List of received publications, including 'Der Deutsche Arbeiter' and 'Der Kampf um die Arbeitslosenversicherung'.

Verbandsnachrichten.

Wartung, Zeitungsempfänger!

Von vielen Zahlstellen wurde für jedes weibliche Mitglied eine „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ gewünscht.

Die Lieferung erfolgt nach demselben Grundsatze wie früher die Abgabe der „Gleichheit“, das heißt, sie wird nicht allen weiblichen Mitgliedern geliefert, sondern nur solchen, die mit anderen Mitgliedern in einem gemeinsamen Haushalt wohnen.

Statistik.

Blaue Monatskarten.

Die blauen Berichtskarten für den Monat Juli müssen bis spätestens 4. August nach Hannover gesandt sein, da das Ergebnis der Statistik bis zum 8. August schon in Händen des Statistischen Amtes in Berlin sein muß.

Die grauen Monatskarten sind ungenügend und dürfen deshalb nicht mehr eingesandt werden.

Zahlstellen, die keine blauen Berichtskarten mehr besitzen, wollen solche umgehend beim Vorstand in Hannover bestellen.

Vom 17. Juli 1917 an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

- List of financial contributions from various gaus, including Gau 1, Gau 2, Gau 3, Gau 4, Gau 5, Gau 6, Gau 7, Gau 8, Gau 9, Gau 10, Gau 11, Gau 12, Gau 13, Gau 14, Gau 15, Gau 16, Gau 17, Gau 18.

Berichtigung: In Nr. 29 muß es heißen: Delmenhorst 126,92, nicht 126,12.

Schluß: Montag, den 23. Juli, mittags 12 Uhr.

Dr. Bruns, Kassierer.

Die Abrechnung für das 2. Quartal 1917 haben eingesandt:

- List of gaus that have submitted their quarterly accounts, including Gau 1, Gau 2, Gau 3, Gau 4, Gau 5, Gau 6, Gau 7, Gau 8, Gau 9, Gau 10, Gau 11, Gau 12, Gau 13, Gau 14, Gau 15, Gau 16, Gau 17, Gau 18.

Eingegangene Zahlstelle.

Bottrop (an Offen angeschlossen).

Zustimmung zur Erhebung von Lokalbeiträgen

- List of gaus that have approved local contributions, including Chemnitz, Garmisch, and others.

Neue Adressen und Adressenänderungen.

- List of new addresses and address changes for various gaus, including Gau 1, Gau 2, Gau 3, Gau 4, Gau 5, Gau 6, Gau 7, Gau 8, Gau 9, Gau 10, Gau 11, Gau 12, Gau 13, Gau 14, Gau 15, Gau 16, Gau 17, Gau 18.